

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Frederic Schnatterer
17.06.2021

Vergiftete Hilfe

Internationale Geberkonferenz für venezolanische Migranten dient zuvorderst der Stimmungsmache gegen Caracas. Sanktionspolitik kein Thema



Luisa Gonzalez/REUTERS

Für den Westen vor allem Manövriermasse: Venezolanische Migranten in Arauquita, Kolumbien (28.3.2021)

An diesem Donnerstag geht die Büchse rum. Insgesamt 1,44 Milliarden US-Dollar (rund 1,19 Milliarden Euro) an Spenden sollen bei der »Internationalen Geberkonferenz in Solidarität mit Venezuelas Flüchtlingen und Migranten« zusammenkommen, berichtete unter anderem die französische Nachrichtenagentur AFP. Die Veranstaltung wird dieses Jahr online von Kanada ausgerichtet.

2020 dienten Spanien und die Europäische Union als Gastgeber für das Format. Damals waren bei der Geberkonferenz 595 Millionen Euro zusammengekommen, was später – unter anderem mit Hilfe von Krediten – auf 2,5 Milliarden erhöht werden konnte. Diese Summe erlaubte es laut den Vereinten Nationen, 3,18 Millionen emigrierten Venezolanern

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

zu helfen. 1,9 Millionen von ihnen erhielten Lebensmittelspenden, 1,2 Millionen Zugang zu Gesundheitsversorgung.

Insgesamt rund 5,6 Millionen Venezolaner sollen laut UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR seit 2015 ihre Heimat verlassen haben. Eindeutig belegbare Angaben über die Zahl der Emigrierten gibt es jedoch nicht. Spätestens seit der Konflikt um die Macht in Venezuela auch international immer heftiger ausgetragen wird, dienen die Migranten zunehmend der politischen Instrumentalisierung. Dessen ungeachtet erklärte Michael Grant, Amerikabeauftragter des kanadischen Außenministeriums, am vergangenen Freitag bei einer Pressekonferenz, es handle sich um die »größte Flüchtlingskrise, die die westliche Hemisphäre je gesehen hat«. Weltweit seien nur die durch den Syrien-Krieg ausgelösten Fluchtbewegungen dramatischer, sparte Grant nicht mit schrägen Vergleichen. Dass allein Kolumbien laut offiziellen Zahlen fast fünf Millionen Inlandvertriebene zählt: geschenkt.

Zahlenspiele

Angesichts der Coronapandemie, die insbesondere in Lateinamerika keineswegs vorüber ist, haben es venezolanische Emigranten heute deutlich schwerer als noch im vergangenen Jahr. Der von der UNO ausgearbeitete »Humanitäre Aktionsplan für 2021« geht davon aus, dass die Zahl der Hilfsbedürftigen im Laufe dieses Jahres auf 8,13 Millionen ansteigen wird. Schon jetzt habe der Großteil der venezolanischen Emigranten nicht genug zu essen, »zwischen 80 und 90 Prozent haben ihre Einkommensquelle verloren«, erklärte Grant am Freitag. Die nun zu sammelnden Spendengelder sollen zudem auch der Bevölkerung der Orte zugute kommen, in denen sich besonders viele Venezolaner niederlassen – insgesamt 3,3 Millionen weiteren Personen, schätzt die UNO.

Erst in der vergangenen Woche – offensichtlich um die Öffentlichkeit auf die Geberkonferenz vorzubereiten – meldete das UNHCR, dass auch gegenwärtig, trotz der wegen Pandemie geschlossenen Grenze, täglich rund 2.000 Venezolaner nach Kolumbien gelangten. Während es sich die Reichen luxuriös in Europa und dort vorzugsweise in Spanien einrichten, sucht der Großteil sein Glück in anderen südamerikanischen Staaten. Besonders in Peru, Ecuador und Kolumbien gibt es mittlerweile große Communities an Venezolanern, allein in dem Nachbarland sollen zwei Millionen leben.

Während im Vorfeld von den Beteiligten der Geberkonferenz viel Zeit darauf verwendet wird, die Ursachen für die Migrationsbewegungen aus Venezuela als Folge der Politik der

Regierung von Nicolás Maduro darzustellen, zeichnet eine ganze Reihe an Analysen ein anderes Bild. So veröffentlichte das englischsprachige

Portal *venezuelaanalysis.org* Anfang Juni das Ergebnis einer Untersuchung. Aus dieser geht hervor, dass die überwiegende Mehrheit derjenigen, die seit 2015 aus Venezuela emigrierten, diese Entscheidung aus wirtschaftlichen Gründen getroffen hat.

Venezuela befindet sich seit Jahren in einer heftigen Wirtschaftskrise, die durch Handels-, Finanz- und Wirtschaftssanktionen der Vereinigten Staaten, aber auch der Europäischen Union, gefährlich angeheizt wird. Anfang des Jahres kam die Sonderberichterstatterin und Menschenrechtsbeauftragte der Vereinten Nationen, Alena Dourhan, nach umfangreichen Recherchen im Land zu dem Ergebnis, dass die Strafmaßnahmen »verheerende Auswirkungen auf die Bevölkerung« haben und »den Zugang des Landes zu Nahrungsmitteln und Medikamenten« stark beeinträchtigen. Hinzu kommt, dass wichtige Vermögenswerte der venezolanischen Regierung im Ausland blockiert sind.

Gerade auch in der derzeitigen Pandemiesituation haben die Sanktionen potentiell tödliche Folgen. So machte die venezolanische Regierung erst vor wenigen Tagen öffentlich, dass der Zugang zu Impfstoffen gegen das Coronavirus im Rahmen des »Covax«-Programms der UNO erheblich behindert wird, nachdem die Schweizer Bank UBS mehrere Überweisungen aus Caracas blockiert hatte.

Feindbild Maduro

Statt jedoch über die brutalen Folgen der Sanktionspolitik zu sprechen, versuchen rechte Kräfte im Vorfeld der Geberkonferenz mit Unterstützung der westlichen Geldgeber, die Regierung in Caracas mit ihrem »sozialistischen Missmanagement« sowie der »politischen Repression gegen Oppositionelle« für die Migrationsbewegung verantwortlich zu machen. Was er von dem Event erwartet, machte bereits Mitte Mai der »außenpolitische Kommissar« des venezolanischen Oppositionspolitikers Juan Guaidó, Julio Borges, deutlich. Über den Kurznachrichtendienst Twitter erklärte er, die Geberkonferenz müsse dafür genutzt werden, »den Grund für die Migration, der kein anderer als Maduro ist«, zu benennen. Zudem appellierte er: »Der Druck der Welt ist fundamental, um einen Übergang zu erreichen, der die Rückkehr der Venezolaner ermöglicht.«

Berlin vorne dabei

Das scheint auch die Bundesregierung verstanden zu haben. Vom 28. Mai bis zum 11. Juni lancierte das Informationszentrum für Lateinamerika des Auswärtigen Amts über die sozialen Medien eine Kampagne unter dem vielsagenden Titel »Venezuela: Flucht, Migration und Hilfe«. Mit insgesamt zwölf aus Texten, Bildern, Infografiken und Videos bestehenden Publikationen wird auf »die größte Migrationskrise Lateinamerikas« als Folge von »Flucht vor Gewalt und Verfolgung« durch das »Maduro-Regime« aufmerksam gemacht. Dabei wird Venezuela neben Nicaragua, Kuba und den nördlichen Staaten Zentralamerikas (Guatemala, Honduras, El Salvador) als wichtigster Verursacher von Fluchtbewegungen dargestellt.

Junge Welt 16.06.2021